

# 75 Jahre NATO – kein Grund zu feiern!

Die NATO wird auf ihrem Gipfel vom 9. bis 11. Juli 2024 in Washington ihr 75. Jubiläum feiern, und das lange Agieren des Militärbündnisses über den Wegfall ihres ursprünglichen Gegners hinaus als Erfolgsgeschichte verkaufen, als Garanten für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt.

Die NATO ist jedoch entgegen ihres Selbstbildnisses weder ein Verteidigungs- noch ein Wertebündnis. Als sie am 4. April 1949 auf Betreiben der USA gegründet wurde, hatte sie keinen Feind. Selbst der „Vereinigte Geheimdienststab“ der USA hatte zuvor versichert, dass die Sowjetunion weder die Fähigkeit noch den Willen zur Konfrontation mit den USA und ihren Verbündeten habe.

Die USA und ihre Verbündeten waren sich jedoch bewusst, dass sie nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung umfassen, jedoch über den größten Teil des weltweiten Reichtums verfügen. Es gehe nun darum „ein Schema von Beziehungen zu erarbeiten, das es uns erlauben wird, diese Position der Ungleichheit zu bewahren“, so umriss der führende US-Außenpolitiker George F. Kennan ihre Zielsetzung nach dem Zweiten Weltkrieg. Und dem ersten NATO-Generalsekretär, Lord Ismay zufolge, sollte die Funktion der NATO in Europa sein, „die USA drinnen, die Russen draußen und Deutschland unten zu halten“.

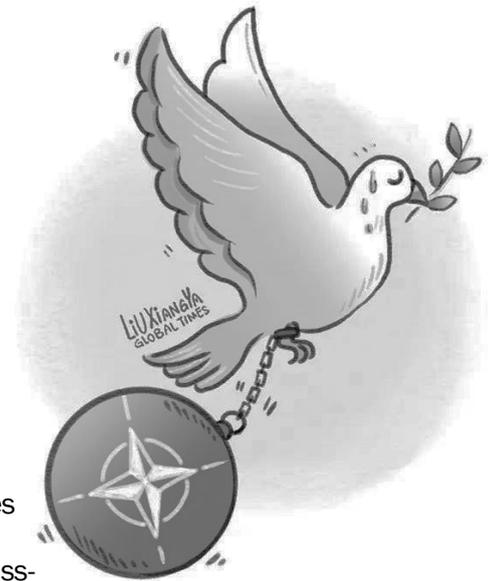
Die NATO blieb nach Auflösung des Warschauer Paktes bestehen, weitete ihr Einsatzgebiet aus, machte militärische Interventionen und Kriege ohne UN-Mandat zum festen Bestandteil ihres strategischen Konzepts. Die Mitglieder, die am lautesten den russischen Völkerrechtsbruch gegen die Ukraine anprangern, haben selbst mehrere völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt: 1999 gegen Jugoslawien, 2001 gegen Afghanistan, 2003 gegen den Irak und 2011 gegen Libyen.

Parallel expandierte das Bündnis nach Osten, entgegen verbindlicher Zusagen gegenüber Moskau und den in der Charta von Paris verankerten Prinzipien einer „Gemeinsamen Sicherheit“.

Wir benötigen endlich eine neue globale Sicherheitsarchitektur statt weltweiter Dominanz der NATO. Dazu fordern wir von der Bundesregierung, sich für eine eigenständige, friedliche europäische Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der OSZE einzusetzen, die auf Völkerrecht, Entspannungspolitik sowie Interessenausgleich setzt. Statt Rüstungswahnsinn auf Kosten der sozialen Entwicklung und des Klimaschutzes, müssen wir jetzt atomar und konventionell abrüsten!

**Sicherheit geht nur gemeinsam – Frieden statt NATO!**

**Keine Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland!**



Die Ausweitung des Militärbündnisses an die Grenzen Russlands, verschärfte entgegen vielfältiger Warnungen die Konfrontation und mündete letztlich im Krieg in der Ukraine. Nun soll diese Expansionsstrategie auch in Asien, gegen China, angewandt werden, hin zu einer „globalen NATO“.

Mit ihren Waffenlieferungen und ihrem Nein zu Waffenruhen verlängern die NATO-Staaten den Krieg in der Ukraine auf Kosten ihrer Bevölkerung. Indem sie nun den Einsatz ihrer weitreichenden Waffen für Angriffe auf Ziele in Russland gestatten, drehen sie weiter an der Eskalationsschraube und steigern die Gefahr, dass der Ukrainekrieg zur „Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts“ (Bundeswehrgeneral a.D. Harald Kujat) wird und ganz Europa in den Abgrund reißt.

Durch ihre militärische Unterstützung Israels im Gaza-Krieg, tragen die USA, Deutschland und andere NATO-Staaten eine große Mitverantwortung für mehr als 37 000 getötete PalästinenserInnen. Wir fordern von der Bundesregierung jetzt diplomatische Lösungen und sofortige bedingungslose Waffenstillstände in der Ukraine und in Gaza zu unterstützen. Es ist höchste Zeit!

Die NATO treibt zudem eine extreme – auch sozial und ökologisch schädliche – Hochrüstungspolitik zu Gunsten der Profiteure von Rüstungskonzernen der USA und der EU. Dieses Jahr werden die 32 NATO-Staaten rund 1,4 Billionen Euro für Rüstung und Militär ausgeben, über 55 Prozent aller weltweiten Rüstungsausgaben. Dies nützt allein dem militärisch-industriellen Komplex und seinen Lobbyisten in Regierung und Parlament.

# 75 Jahre NATO: Zehn Gründe, ihre Fortsetzung in Frage zu stellen

Am 4. April wird die NATO 75 Jahre alt. Dies ist ein geeigneter Zeitpunkt, um aus friedenspolitischer Sicht ihre Rolle und ihre Fortführung zu hinterfragen.

von Bharat Dogra, Organisator der indischen Kampagne „Rettet die Erde jetzt“



1. Ein Militärbündnis ist nur dann zu rechtfertigen, wenn es vor einer großen Bedrohung schützt. Eine solche Bedrohung ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion - seit über drei Jahrzehnten - schwer auszumachen. Es stimmt, dass China gegenüber einigen seiner Nachbarn ein ziemlicher Rüpel sein kann, aber die Wahrscheinlichkeit, dass China einen Angriff auf ein NATO-Mitglied unternimmt ist nahezu null.

2. Die NATO steht praktisch unter der Führung eines Landes, dessen Hauptziel es ist, weiterhin die vorherrschende Macht in der Welt zu sein, und das zur Erreichung dieses Ziels sehr aggressive Mittel einsetzt. Daher sind die anderen NATO-Mitglieder mehr an dieses aggressive Ziel gebunden als an die Gewährleistung ihres eigenen Schutzes.

3. Die mächtigsten NATO-Mitglieder stehen zunehmend unter dem Einfluss des militärisch-industriellen-politischen Komplexes. Dadurch werden die Ziele der NATO auf höchst unethische und zerstörerische Weise zugunsten von ewigen Kriegen beeinflusst, die auf die Profitinteressen einer kleinen Anzahl von Personen zurückzuführen sind, die wahrscheinlich nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung der NATO-Länder ausmachen, oder vielleicht sogar noch weniger.

4. Es ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung einer sichereren Welt, dass jede direkte Konfrontation zwischen den größten Atomwaffenmächten vermieden wird. Dies wird durch die Existenz der NATO und ähnlicher Militärbündnisse erschwert.

5. Insbesondere die Verletzung früherer Vereinbarungen durch die unerbittliche Osterweiterung der NATO hat die Spannungen zwischen den Großmächten erheblich verschärft, und der gegenwärtige Ukraine-Konflikt hängt eng damit zusammen.

6. Kleinere NATO-Mitgliedsländer werden nicht unbedingt von der NATO geschützt, da die mächtigeren Mitglieder im Falle einer Aggression gegen sie ihre eigenen Interessen und Möglichkeiten abwägen werden; es gibt keine gesicherte Verpflichtung ihrerseits, mit dem Aggressor in den Krieg einzutreten, um das kleine Land zu

schützen. Sie könnten beschließen, auf andere, weniger wichtige Weise zu helfen, so dass das kleine Land in eine schwierige Lage gerät.

Die NATO-Mitgliedschaft kann kleinen Staaten ein übertriebenes Gefühl der Sicherheit vermitteln, so dass sie die Verbesserung ihrer Beziehungen zu anderen Nachbarn vernachlässigen oder ihnen gegenüber unangemessen und unnötig feindselig oder provokativ sind.

Wenn kleine Staaten durch solche Militärbündnisse in Konflikte zwischen Großmächten hineingezogen werden, können sie zum Schauplatz höchst zerstörerischer Kriege werden, was sie vermeiden können, wenn sie sich in den Rivalitäten zwischen Großmächten neutral und bündnisfrei verhalten.

7. Durch die NATO wird der größte Teil Europas an eine eindimensionale Zukunft gebunden, die darin besteht, an die aggressiven Ambitionen der USA gebunden zu bleiben, anstatt eine Rolle in der Welt anzustreben, die den Zielen des Weltfriedens und der Sicherheit besser gerecht wird.

8. Die tatsächliche Rolle der NATO in vielen Ländern war vor allem die der Zerstörung statt die des Friedens, was zum vermeidbaren Tod von hunderten tausenden unschuldigen Menschen, einschließlich Frauen und Kindern, durch direkte und indirekte Gewalt geführt hat.

9. Sogar viele hochrangige Diplomaten und Staatsmänner der USA haben argumentiert, dass die NATO oft eine Art von übermäßiger Einflussnahme seitens der USA bedeutet, die nicht einmal in ihrem eigenen Interesse liegt (insbesondere wenn man die unbefriedigten Bedürfnisse von Millionen ärmerer US-Bürger bedenkt), und dass sie die NATO entgegen dem besseren Rat dieser Staatsmänner und anderer wichtiger NATO-Mitglieder in unnötig aggressiver Weise eingesetzt hat, wie z.B. im Zusammenhang mit der rücksichtslosen Osterweiterung der NATO.

10. Wenn die NATO weiterhin mit falschen Begründungen gerechtfertigt wird, dann kann dies auch als Rechtfertigung für andere, ebenso schädliche Militärbündnisse in anderen Teilen der Welt dienen.